

I. Anmeldung

TOP:

Kommission für Integration

Sitzungsdatum 08.12.2016

öffentlich

Betreff:

**Interner Verwaltungsdolmetscherdienst/Dolmetscherdienst im Gesundheitsbereich
Anträge der SPD Stadtratsfraktion vom 18.12.2013, 16.04.2015 und 01.10.2015 und Beschluss
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung vom 18.02.2014**

Anlagen:

Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 18.12.2013 - Interne Verwaltungsdolmetscherdienste
Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 16.04.2015 - Interne Dolmetscherdienste
Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 01.10.2015 - Interner Dolmetscherdienst
Beschluss des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung vom 18.02.2014
Sachverhalt

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
Kommission für Integration	03.12.2015	☒	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
POA	15.12.2015	☒	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Auf Empfehlung der Kommission für Integration am 03.12.2015 und des POA am 15.12.2015 hat die Koordinierungsgruppe Integration eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen interner Dolmetscherdienst erarbeitet hat. Für kurzfristige Sprachmittlungsleistungen wird die Nutzung des Service Videodolmetschen der Firma SAVD GmbH zu den Konditionen des Klinikums Nürnberg vorgeschlagen. Zum Aufbau eines Sprachmittlungsdienstes wird zudem der Aufbau eines Service Sprach- und Integrationsmittler/innen Sprint für die Region Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach empfohlen.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

- Kosten noch nicht bekannt

- Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** € pro Jahr

- dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€ davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€ davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja

- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Sprachmittlung verbessert die Verständigung und damit die gesellschaftliche Teilhabe und die Nutzung von Angeboten und Leistungen für Zugewanderte.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 Koordinierungsgruppe Integration

II. Herrn OBM

III. IV/KuF/Koordination Integrationsprogramm

Nürnberg, 15.11.2016
Referat für Allgemeine Verwaltung



(5100)